

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/08

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Liberal education 4.0 statt Note 4.0: Für eine echte Revolution des Deutschen Bildungssystems

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wissen ist Macht. Bildung ist ein Grundrecht. Lernen ermöglicht Chancen. Bildung ist die wichtigste Ressource im sonst ressourcenarmen Deutschland. Auf diesen Grundsätzen baut liberale Bildungspolitik auf. Wir sehen den aktuellen Zustand unseres Bildungssystems als inakzeptabel an. Auch in der liberalen Politik verlieren wir uns zu oft im Kleinen, gehen die großen Fragen der Bildung nicht an und trotz einer Bildungsministerin, die Akzente setzen möchte, ist die Zusammenarbeit mit den Ländern schwierig.

Wir sehen Handlungsbedarf und wollen konsequent unser Bildungssystem fit für das 21. Jahrhundert machen!

Problem erkannt, Problem (nicht) gebannt?

Seit Jahren streiten sich Bund und Länder um die Kompetenzen im Bereich der Bildungspolitik. Während die Bundesländer sich gegenseitig Lehrer abwerben, immer mehr Schüler kaum richtig lesen und schreiben können, wenn sie auf das Gymnasium kommen und Hamburg verzweifelt versucht, die Lehrpläne an die Vorgaben der Kultusministerkonferenz anzupassen, gehen die Belange der Schüler und nötige Reformen fast vollständig unter.

Die FDP Hamburg

- 38 • bekräftigen ihre Forderung nach einem Kooperationsgebot statt einem Koope-
39 rationsverbot. Zwischen den Bundesländern und dem Bund ist gut abge-
40 stimmte Zusammenarbeit unerlässlich für eine funktionierende Bildungspolitik.
- 41 • setzen sich für eine Kooperationspflicht zwischen verschiedenen Bundeslän-
42 dern ein. Diese soll vor allem für einheitliche Bildungsstandards, länderüber-
43 greifende Kooperationen und den Austausch von Best Practice – Ansätzen
44 genutzt werden.
- 45 • wollen die Kompetenzverteilung langfristig auf den Bund verlagern. Dieser soll
46 für klare Rahmenbedingungen und Standards in der Bildungspolitik sorgen.
- 47 • fordern gleichzeitig größtmögliche Autonomie von Schulen auf dem Weg zur
48 Erreichung der Bildungsziele. Die Schulen vor Ort kennen ihre Bedarfe deut-
49 lich besser als jeder Bildungsminister, was sie brauchen. Über ein Schulfrei-
50 heitsgesetz soll es den Schulen möglich sein, Personalentscheidungen eigen-
51 ständig zu treffen und den Aufbau des Verwaltungsapparates selber zu be-
52 stimmen. Daraus soll sich auch mehr Wettbewerb zwischen Schulen entwi-
53 ckeln.
- 54 • sehen das Bildungsgefälle innerhalb Hamburgs als großes Problem. Die Qua-
55 lität der Bildung darf nicht vom Stadtteil abhängig sein. Wir fordern deswegen,
56 dass zusätzlich zum Startchancen-Programm Faktoren, die Bildungsungleich-
57 heiten in Hamburg auslösen, in einer Studie tiefgreifender evaluiert und ent-
58 sprechende Lösung für dieses Problem entwickelt werden.
- 59 • sehen ein Verbot von privatem Sponsoring von Schulen als nicht mehr zeitge-
60 mäß. Hierbei können Unternehmen sich gegen beispielsweise eine Einarbei-
61 tung des Logos am Bau einer Turnhalle oder Ähnlichem beteiligen. Um Ein-
62 flussnahmen oder Interessenskonflikten entgegenzuwirken, soll ein bundes-
63 weiter Code of Conduct erstellt werden, der Regeln für Sponsorings vorgibt.

64

65 **Schulen zum Ort des Aufstiegsversprechens machen!**

66

67 Oftmals entscheidet immer noch der Stadtteil einer Schule über den Erfolg der
68 Schüler im Berufsleben. So bringen Schulen in strukturschwachen Regionen zumeist
69 Schüler hervor, die später unterdurchschnittlich verdienen.

- 70 • Studien zeigen, dass mit stärkerer sozialer Durchmischung in Klassen auch
71 der soziale Aufstieg von Schülern besser gelingt. Wir fordern daher, dass
72 Maßnahmen entwickelt werden, die diese Mischung einfacher machen. Dazu
73 können Kriterien bei der Auswahl der Schulstandorte zählen oder auch das
74 Prinzip der Talentschulen.

75 Daher bekräftigen wir auch weiterhin unsere Forderung nach der zügigen
76 Schaffung der Talentschulen und der finanziellen Ausstattung dieser.

77 Die Schulen sollen außerdem Unterstützung bei der Schaffung von Kursen
78 und Angeboten für Kinder mit Lernschwächen oder Probleme mit der deut-
79 schen Sprache erhalten. Betroffene Schüler sollen möglichst schnell am nor-
80 malen Unterrichtsgeschehen teilhaben können.

- 81 • Wir fordern, dass bei der Finanzierung der Schulen auch soziale Aspekte be-
82 rücksichtigt werden sollen. In Anlehnung an den Hamburger KESS-Index soll
83 ein bundesweites System mit fünf Stufen geschaffen werden, die die entspre-
84 chenden Zuwendungen einer Schule regelt. Die Einordnung jeder Schule

85 muss über ein Punktesystem erfolgen. Dieses bezieht vor allem die Leistun-
86 gen der Schüler bei zentralen Prüfungen, den sozialen Hintergrund der Schü-
87 lerschaft sowie den Fortschritt der Schule im Bereich Digitalisierung mit ein. In
88 den unteren zwei Stufen – den Stufen 4 und 5 – sollen den Schulen gesondert
89 Pädagogen und Schulpsychologen zur Verfügung gestellt werden.

- 90 • In unserer Gesellschaft gelten Stadtteilschulen oft als Schulen für schlechte
91 Schüler, das Abitur an einer Stadtteilschule als zweitklassig, ein Abschluss der
92 mittleren Reife als minderwertig. Damit muss Schluss ein! Wir fordern eine
93 Evaluation der Schulbehörde für Schule und Bildung, die Stigmatisierungen
94 von Stadtteilschulen aufdeckt und Lösungsvorschläge für die Gleichstellung
95 von anderen Schulformen abseits des Gymnasiums entwickelt. Diese Vor-
96 schläge sollen anhand eines Monitorings begleitet und ausgewertet werden.
- 97 • Kleinere Klassengrößen sorgen nicht nur für eine bessere Lernatmosphäre
98 unter den Schülern, sondern auch für mehr Lernerfolge. Zusätzlich wird auch
99 die Beurteilung der einzelnen Schüler differenzierter und das Lehren für die
100 Lehrpersonen einfacher und angenehmer. Daher fordern wir die Reduktion
101 der Klassengröße auf eine Obergrenze von 20 Schülern in der Grundschule
102 sowie 22 Schülern in den weiterführenden Schulen.
- 103 • Studien zeigen, dass bei späterem Unterrichtsbeginn die Potentiale der Schü-
104 ler maximal abgerufen werden können. Daher fordern wir, dass der Unterricht
105 an allen Schulen erst ab 9:00 Uhr beginnen. Eine Bedarfsabfrage soll klären,
106 an welchen Stellen gegebenenfalls bereits vorher ein Betreuungsangebot ge-
107 schaffen werden muss.
- 108 • Bei Schülern mit sozial schwächerem Hintergrund soll nach entsprechender
109 Bedarfsprüfung zusätzlich benötigte Literatur kostenfrei zur Verfügung gestellt
110 werden.
- 111 • Der Schülerschein soll allen Schülern unabhängig vom finanziellen Hinter-
112 grund einen möglichst einfachen Zugang zu den Bildungsmöglichkeiten der
113 Stadt bieten. Wir fordern daher, dass jedem Schüler bei Schuleinschreibung
114 ein Schülerschein im Scheckkartenformat und in digitaler Form ausgestellt
115 wird. Dieser soll bei Vorlage Schülern kostenfrei einen Ausweis der öffentli-
116 chen Bücherhallen sowie der Universitäts- und Staatsbibliothek ersetzen.
117 Auch der Fernzugang zu e-Medien soll eingeschlossen sein. Des Weiteren
118 sollen mit dem Schülerschein alle bildungs- und naturwissenschaftlichen
119 Einrichtungen in öffentlicher Hand kostenfrei zugänglich sein. Äquivalente Re-
120 geln soll die Stadt auch – wo möglich – mit privaten Trägern vereinbaren.

121

122 **Ob Bayern oder Bremen – Abi muss Abi sein**

123

124 Bis heute ist eine Vergleichbarkeit der Abiturprüfungen in den verschiedenen Bun-
125 desländern zum Teil fachlich nicht gegeben. Auch in der Gesellschaft wird teilweise
126 noch heute zwischen den Abschlüssen in den Bundesländern unterschieden. Dies
127 muss ein Ende haben! Wir fordern daher Folgendes:

- 128 • Bundesweit sollen einheitliche Prüfungen zum Abitur sowie zur mittleren Reife
129 abgelegt werden. Alle Schüler, die sich in einem Fach prüfen lassen, sollen
130 dieselben Aufgaben in derselben Zeit ablegen. Je nach Schulsystem ent-
131 spricht hier ein Leistungskurs (LK) einem Kurs erhöhten Niveaus (eA) und ein
132 Grundkurs (GK) einem Kurs mit grundlegendem Anforderungsniveau (gA).

133 Gleichzeitig sollen bundesweit einheitliche Vorbereitungs- und Übungsaufga-
134 ben für die Prüflinge sowie für die Lehrer erstellt und jährlich bei Bedarf ange-
135 passt werden. Dies ermöglicht allen, sich gleichwertig auf die Prüfungen vor-
136 zubereiten.

137 • In allen Bundesländern sollen die gleichen Regeln für die Wahl der Kurse in
138 der Oberstufe und die Wahl der Abiturfächer gelten. Hierbei soll eine Anglei-
139 chung vorgenommen werden, die auf ein einheitliches System von Leistungs-
140 kursen oder einer Profileroberstufe umstellt. Am Ende sollen bundesweit einheit-
141 lich fünf Abiturprüfungen abgelegt werden, davon drei schriftliche und zwei
142 mündliche.

143 • In allen Bundesländern soll eine Abiturnote bis hin zur Note 0,7 erreicht wer-
144 den können. Die Note soll entsprechend einheitlich aus Semester- und Prü-
145 fungsnoten berechnet werden; die Semester zählen zu zwei Dritteln, die Prü-
146 fungen zu einem Drittel.

147 • Für uns gehört zu einer einheitlichen Prüfung auch ein gerechter Weg dorthin.
148 Wir fordern, dass alle Bundesländer zu einer vierjährigen Grundschulausbil-
149 dung zurückkehren. Im Anschluss soll die Wahl zwischen den verschiedenen
150 Schulformen stattfinden.

151 Die Einführung des G8-Systems an Gymnasien hat wissenschaftlich Vor- und
152 Nachteile. Es besteht bei G9 eine größere Chance auch für leistungsschwä-
153 chere Schüler, das Abi mit guten Noten zu bestehen.

154 Daher fordern wir, dass bundesweit alle Schulen wählen dürfen, ob sie die
155 Einführung des G9-Systems für sich in Anspruch nehmen wollen. Um die bun-
156 desweite Einheitlichkeit der Schulabschlüsse sicherzustellen, soll die Ober-
157 stufe an jeder Schule drei Jahre dauern, von denen die letzten beiden für die
158 Abitur-Abschlussnote herangezogen werden.

159

160 **Für die besten Lehrkräfte überhaupt: Lehrerausbildung reformieren**

161

162 Das Studium für Lehrer ist oft wenig praxisbezogen, die Regelstudienzeit inklusive
163 des Referendariats und dem anschließenden Staatsexamen vergleichsweise hoch.
164 Die Ausbildung für Lehrkräfte scheint veraltet, sie bereitet nicht genug auf das spä-
165 tere Berufsleben vor. Wir wollen daher Reformen für die Lehrerausbildung anstoßen:

166 • Wie Baden-Württemberg es vormacht soll über Modellversuche das Lehramts-
167 studium zu einem dualen Studium umfunktioniert werden, um den Praxisbe-
168 zug der Ausbildung zu erhöhen. Über bessere Studien- und Arbeitsbedingun-
169 gen soll die Abbrecherquote gesenkt werden.

170 • Wir unterstützen die Hamburger Bestrebungen, für Quereinsteiger einen Mas-
171 terstudiengang einzuführen, der eine volle Lehrbefähigung für ein Fach der
172 Hamburger Schulen ermöglicht.

173 • Langfristig fordern wir die bundesweite Abschaffung der Verbeamtung von
174 Lehrkräften. Verbeamtungen begraben das Leistungsprinzip unter Lehrkräften
175 in starren Gehaltsklassen, ein Aufstieg im Beruf ist kaum möglich. Struktur-
176 schwache Schulen können aktuell nicht durch höhere Vergütungen attraktiver
177 gemacht werden.

178 Lehrer, die nur aufgrund der Verbeamtung den Beruf antreten wollen, schei-
179 nen für uns nicht zu den besten Lehrpersonen für unsere Kinder zu gehören.

180 Dennoch bedarf es einer ganzheitlichen Reform, um nicht den Abwerbekampf

181 einzelner Bundesländer um Lehrkräfte mit dem Argument der Verbeamtung zu
182 erhöhen.

- Der Klassenraum darf keine Bühne für politisch-ideologische Einflüsse sein. Wir unterstützen das Bestreben, mehr Demokratieförderung im Schulunterricht einzubringen, dennoch muss die politische Neutralität gewahrt werden. Die FDP Hamburg fordert daher eine Ergänzung der im §88 HmbSG, die sich an dem Beutelsbacher Konsens von 1976 orientiert. Diese Ergänzung soll eine gesetzliche Grundlage für die Grundprinzipien der politischen Bildung schaffen und das Indoktrinationsverbot, das Kontroversitätsgebot und das Ziel, alle Schüler zur politischen Teilhabe zu befähigen, für alle Lehrkräfte verankern.

192

193 **Hilfe, wir haben das Kollegium geschrumpft! – Lehrermangel entschlossen be-** 194 **kämpfen**

195

196 Der Lehrermangel in Deutschland ist gravierend. Immer mehr Lehrkräfte fehlen, ge-
197 rade in bestimmten Unterrichtsstufen und –fächern wird die Lücke an leeren Stellen
198 immer größer. Die Problematik verstärkt sich zudem durch immer mehr Personal,
199 das in den Ruhestand geht. Die Empfehlungen der KMK nach mehr Stunden für Leh-
200 rer, weniger Teilzeit und Klassenzusammenlegungen überzeugt uns nicht einmal
201 kurzfristig. Wir müssen hier die Weichen schnell stellen und den Lehrermangel end-
202 lich als Problem sehen, dessen Lösung keinen Aufschub mehr duldet. Die FDP Ham-
203 burg fordert

- eine Überprüfung des Bezahlungssystems der Lehrkräfte. Teilweise werden Lehrkräften pro Korrektur einer Oberstufenklausur umgerechnet gerade einmal 7 Minuten bezahlt. Hier gilt es, dass Arbeitszeitmodell der Schulen zu überprüfen und je nach Schulform zu vereinheitlichen.
- kurzfristig die Absenkung weiterer Hürden für Quereinsteiger, die mindestens ein Fach der Schulen studiert haben. Auch ihre Bezahlung soll überholt werden. Die Einstellung so genannter „Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung“, die keinerlei pädagogische oder fachliche Vorerfahrung haben, lehnen wir ab.
- eine Entlassung von Lehrern über die Sommerferien zur Kosteneinsparung unverzüglich einzustellen.
- als Übergangslösung mehr freie Arbeits- und Lernzeit, um die Zahl der ausfallenden Stunden geregelt und sinnvoll zu senken. In dieser soll eine Betreuung, gegebenenfalls für mehrere Kurse gebündelt, geschaffen werden. Ob eine solche Lernzeit im Einzelfall sinnvoll ist, kann durch die Schule entschieden werden.
- Eine Erhöhung von Stellen für Schulpsychologen und Schulpädagogen. Psychische Probleme spielen auch bei Schülern eine immer größere Rolle, welche einen erheblichen Einfluss aufs Leben haben können. Insofern ist es von großer Bedeutung Schüler auch neben der schulischen Entwicklung auch bei ihrer persönlichen und psychischen Entwicklung zu unterstützen. Aufgrund von zu wenigen Schulpsychologen und Schulpädagogen bleibt dieses Problem häufig an Lehrkräften hängen oder wird überhaupt nicht beachtet, wodurch diese Unterstützung ausbleibt. Durch eine Erhöhung der Anzahl der Stellen für Schulpsychologen und Schulpädagogen verringert sich zum einen die (psychische) Belastung von Lehrkräften, welche sich somit stärker auf das

229 Lehren konzentrieren können und zum anderen erfahren Schüler eine stär-
230 kere Unterstützung, welche enorm wichtig ist.

231 • die Entbürokratisierung des Schulalltags für Lehrer. Hierbei sollen alle Doku-
232 mentationspflichten und Abläufe im Schulbetrieb auf mögliche zeitliche Entlas-
233 tungen bei Lehrkräften überprüft werden. Überall wo datenschutzrechtlich
234 möglich, sollen digitale Hilfsmittel und auch KI den Lehrkräften zur Verfügung
235 gestellt werden.

236 • die physische und psychische Gesundheit der Lehrkräfte zu fördern. Es müs-
237 sen Maßnahmen ergriffen werden, um den Arbeitsplatz lehrerfreundlicher zu
238 gestalten, zum Beispiel durch ergonomische Ausstattung der Klassenräume
239 und die Einrichtung von Pausen- und Ruhezeiten für Lehrkräfte. Es ist not-
240 wendig, den Lehrkräften Rückzugsmöglichkeiten in Form von Ruhezeiten oder
241 Einzelarbeitsräumen zur Verfügung zu stellen. Diese Räume dienen als Ort
242 der Erholung, Konzentration und Vorbereitung des Unterrichts. Besonders bei
243 Neubauten soll darauf geachtet werden, dass genügend Ruhezeiten und Ein-
244 zelarbeitsräume für Lehrkräfte geschaffen werden.

245 • ein breiteres Fortbildungsangebot für Lehrer. Dieses soll in verschiedenen Be-
246 reichen Sicherheit für das Lehrpersonal bieten. Neben für alle Lehrer ver-
247 pflichtenden Fortbildungen zum Thema „Digitalisierung & KI“ fordern wir auch,
248 dass alle Lehrer die Möglichkeit zur Fortbildung im Bereich Prävention von
249 Mobbing im digitalen Raum in Anspruch nehmen können.

250

251 **Chaos Computer Club? Nicht an unseren Schulen!**

252

253 Die Digitalisierung an unseren Schulen ist immer noch mangelhaft. Zu oft besteht der
254 Unterricht noch aus Projektor und Kreidetafel. Zeitgemäßes Lernen braucht jedoch
255 auch die bestmögliche Ausstattung.

256 Das Aufkommen von ChatGPT in den letzten Monaten hat große Diskussionen über
257 unseren Umgang mit der KI in Schulen ausgelöst. Hier braucht es unserer Meinung
258 nach einen rationalen Umgang. Wir fordern für den Bereich der Digitalisierung und
259 für die Nutzung von künstlicher Intelligenz daher Folgendes:

260 • Jeder Klassenraum muss mit digitalen Tafeln mit Internetzugang sowie mit
261 WLAN ausgestattet werden. Dort, wo entsprechende Fortschritte nicht ge-
262 macht wurden, muss der Ausbau der digitalen Infrastruktur mit Hochdruck
263 nachgeholt werden.

264 • In einer angemessenen Anzahl sollen Hausmeister für IT-Infrastruktur ge-
265 schaffen werden, die mehrere Schulen gleichzeitig betreuen und den Schulen
266 bei allen Fragen rund um Technik und den Fortschritt der Digitalisierung zur
267 Verfügung stehen.

268 • Das Thema KI und die Nutzung von ChatGPT soll ab Klasse 6 im Unterricht
269 thematisiert werden. Dabei sollen die Chancen für die Arbeitsweise, aber auch
270 Gefahren bezüglich der Nutzung von KI aufgezeigt werden.

271 • Die Nutzung von KI während schriftlicher Prüfungen soll allgemein weiter als
272 Täuschungsversuch gewertet werden, solange nichts Anderes mit der Lehr-
273 kraft besprochen wurde. Die Beweislast liegt weiterhin bei der Lehrkraft.

- 274 • Bei Hausarbeiten, Aufsätzen oder Präsentationen muss realistisch gesehen
275 werden, dass ein Verbot der Nutzung von KI zur Bearbeitung der Aufgaben-
276 stellung wenig Sinn ergibt. Daher müssen wir klare Regeln für die Nutzung
277 von KI bei Präsentationen schaffen: Es soll erlaubt sein, technische Hilfsmittel
278 zu nutzen, sofern die Befehle, die man Programmen wie ChatGPT gibt, doku-
279 mentiert werden und auf Verlangen vorgelegt werden können. Weiterhin muss
280 eine Eigenleistung erbracht werden. Ein reines Kopieren der Ergebnisse soll
281 wie bei der Nutzung des Internets als ungenügend gelten.
- 282 • Bei Abschlussprüfungen zur mittleren Reife sowie zum Abitur soll bereits bis
283 zu einer einheitlichen Angleichung auf fünf Prüfungen der Prüfungsumfang um
284 eine schriftliche Prüfung reduziert und um eine mündliche Prüfung erweitert
285 werden. Beim Abitur soll in Zukunft eine mündliche Prüfung im Format der
286 „klassischen Prüfung“ und eine Prüfung als „Präsentationsleistung“ abgelegt
287 werden. Beim Format der so genannten „PL“ sollen die Präsentation zu 30%
288 und das anschließende Fachgespräch zu 70% in die Wertung der Prüfung ein-
289 fließen. Damit wird die Gefahr der unzulässigen Nutzung der KI in Bezug auf
290 den Einfluss auf die Note verringert.
- 291 • Bund und Länder sollen zusammen mit Experten ein didaktisches und pädä-
292 gogisches Konzept zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz innerhalb des Un-
293 terrichts und des Schulbetriebs entwickeln.

294

295 **Am Thema vorbei? Lehren wir, was wirklich zählt!**

296

297 Viele Schüler haben den Eindruck, dass der Unterricht sie zu wenig auf das richtige
298 Leben vorbereitet. Ein einfacher Ruf nach immer mehr Fächern löst dieses Problem
299 allerdings nicht. Wir fordern daher:

- 300 • eine Grundüberprüfung aller Lehrpläne und Curricula bis in die Oberstufe. Da-
301 bei soll eine Sichtung der Inhalte stattfinden und evaluiert werden, inwiefern
302 einzelne Lerninhalte irrelevant geworden sind oder überholt werden müssen.
303 Es soll dabei der Fokus auf der Sinnhaftigkeit der Lerninhalte für das Leben
304 nach der Schule liegen.
305 Besonderer Fokus soll dabei auf dem Erlernen von Methodenvielfalt liegen,
306 vor allem in Bezug auf Quellenarbeit und -überprüfung, Arbeiten auf bewerten-
307 der Ebene und Informationssammlung statt stumpfen Auswendiglernens.
- 308 • den Wegfall des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen. Dieser soll durch
309 ein Fach ersetzt werden, welches die verschiedenen Religionen und ihre
310 Glaubensinhalte neutral erläutert, aber auch die Themen Ethik und Philoso-
311 phie abdecken.
312 An konfessionsgebundenen Schulen soll der Religionsunterricht weiterhin er-
313 teilt werden können, die Abschlussprüfungen wie das Abitur werden bzw. blei-
314 ben dezentral.
- 315 • dass jeder Schüler im Laufe seiner Schullaufbahn das Erstellen einer Steuer-
316 erklärung, den Umgang mit Steuern, Versicherungen, Verträgen sowie dem
317 Thema Investieren am freien Markt lernt. Dies soll in den PGW-Unterricht inte-
318 griert werden.
- 319 • Der Sexualkundeunterricht an Hamburgs Schulen soll reformiert werden.
320 Dazu sollen Lehr- und Rahmenpläne von Bund und Ländern nach einer zeit-

321 gemäßen Überarbeitung neu strukturiert und zusammengefasst werden. Hier-
322 bei soll der Umfang sowie die Thematiken genau definiert werden. Themen
323 wie die sexuelle Identität und Vielfalt wie auch sexuelle Selbstbestimmung soll
324 fester Bestandteil der Unterrichtseinheiten werden, Lehrer sollen zu entspre-
325 chenden Themen Fortbildungen angeboten bekommen.

326 • dass die Fächer Kunst, Theater und Musik ab Klasse 10 abgewählt werden
327 können. Eine Pflicht, entsprechende Noten ins Abitur einfließen zu lassen, leh-
328 nen wir ab.

329 • fordern ein Verbot der Methode „Schreiben nach Gehör“ in allen Schulformen.
330 Diese ist für das Erlernen der Rechtschreibung kontraproduktiv und – auch in
331 der Grundschule – daher nicht anzuwenden.

332 • Schüler sollen bereits vor der Oberstufe mit dem Prinzip der Transferaufgaben
333 in Prüfungen vertraut gemacht werden. Dabei sollen auch Methoden zur Lö-
334 sung dieser Aufgaben geübt werden.

335

336 **Setzen, sechs!? Für ein ausgewogenes Notensystem**

337

338 Die FDP Hamburg

339 • lehnt die Abschaffung von Noten ab. Diese sind eine gute Möglichkeit, Leis-
340 tungen zu bewerten und einem Zeugnis mit Textbausteinen vorzuziehen. Spä-
341 testens ab dem letzten Zeugnis der Klasse 4 befürworten wir daher eine Leis-
342 tungsbemessung mit Noten. Förderschulen sollen auf Antrag nach Prüfung
343 von dieser Pflicht ausgenommen werden.

344 • setzt sich für die Förderung von fachdidaktischem und fachwissenschaftlichem
345 Wissen bei Lehrkräften in Bezug auf die Notengebung ein. Dieses soll – ne-
346 ben vermehrter Aufklärung über Urteilsfehler, die die Genauigkeit von Noten-
347 gebung einschränken – für eine fairere Beurteilung von Leistungen führen.

348 • fordert mehr Sensibilisierung bei der Benotung von künstlerischen Fächern
349 sowie im Fach Sport. Auf der einen Seite sind für viele Schüler die guten No-
350 ten in entsprechenden Fächern eine große Motivation, dennoch sollen auch
351 Schüler, die weniger sportlich oder künstlerisch begabt sind, eine Möglichkeit
352 auf gute Noten haben. Wir fordern daher eine Überarbeitung der Notengebung
353 in den künstlerischen Fächern. Hier soll verstärkt der Lernfortschritt, aber auch
354 beispielsweise schriftliche Beiträge benotet werden.

355 Im Fach Sport sehen bereits bestehende Erwartungshorizonte die Einbezie-
356 hung von Lernfortschritten sowie eine mündliche Note vor, welche sich aus
357 der Beteiligung im Unterrichtsgespräch wie auch aus dem Verhalten während
358 der Stunden zusammensetzt. Über diese Erwartungshorizonte sollen sowohl
359 Schüler als auch Lehrer verstärkt aufgeklärt werden.

360 Der Sportunterricht soll zukünftig kursbasiert stattfinden.

361 • fordert die Einführung einer für alle Schulformen geltenden Notenvergabe ab
362 Klasse 7 ein, welche sich nach folgenden Prozentsätze zusammensetzt:

Note	Punktzahl	Erreichte Punktzahl in %
1+	15	100 - 95
1	14	94 - 90
1-	13	89 - 85
2+	12	84 - 80
2	11	79 - 75
2-	10	74 - 70
3+	9	69 - 65
3	8	64 - 60
3-	7	59 - 55
4+	6	54 - 50
4	5	49 - 45
4-	4	44 - 40
5+	3	39 - 33
5	2	32 - 27
5-	1	26 - 20
6	0	19 - 0

363

364

365

366 **Begründung:**

367

368 Erfolgt mündlich.